

4003 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des
Bundesrates

B e r i c h t
des Rechtsausschusses

über den Beschluß des Nationalrates vom 12. Dezember 1990
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Fremdenpolizeige-
setz geändert wird

Der gegenständliche Beschluß des Nationalrates trägt dem
Umstand Rechnung, daß die geltende Regelung der Schubhaft
nicht den Ansprüchen des am 1. Jänner 1991 in Kraft tretenden
Bundesverfassungsgesetzes über den Schutz der persönlichen
Freiheit entspricht.

Mit dem vorliegenden Beschluß, der den im Bundesverfas-
sungsgesetz zum Schutz der persönlichen Freiheit in Art. 6
vorgegebenen Standard für das Fremdenpolizeigesetz umsetzt,
soll daher die Möglichkeit der Anrufung der unabhängigen
Verwaltungssenate im Hinblick auf die Beschränkung der per-
sönlichen Freiheit durch Schubhaft geschaffen werden. Dem-
nach kann jeder, der in Schubhaft genommen oder angehalten
wird, den unabhängigen Verwaltungssenat mit der Behauptung
der Rechtswidrigkeit der Haft anrufen. Die Entscheidung des
unabhängigen Verwaltungssenates, der die Rechtswidrigkeit
der Anhaltung festgestellt hat, ist Grund für die formlose
Aufhebung der Schubhaft.

Für die Regelung dieser Angelegenheit wird der im Ge-
setzgebungsbereich des Bundes liegende Kompetenztatbestand
"Fremdenpolizei" (Art. 10 Abs. 1 Z 7 B-VG) in Anspruch ge-
nommen.

Der Rechtsausschuß hat die gegenständliche Vorlage in
seiner Sitzung vom 20. Dezember 1990 in Verhandlung genommen
und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen,
keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Rechtsausschuß
somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Beschluß des Nationalrates vom 12. Dezember
1990 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Fremdenpoli-
zeigesetz geändert wird, wird kein Einspruch erhoben.

Wien, 1990 12 20

Norbert Tmej
Berichterstatter

Dr. Martin Wabl
Vorsitzender